

tion, rügt Eigenwillig. Das führe zur Nivellierung der Exposition. Auch die Emanation von Radon und Radonzerfallsprodukten aus Spalten und Klüften sowie Radon aus Grubenwässern, das zum Teil sogar getrunken wurde und vor allem örtlich zu erheblichen Radon-Konzentrationen in der Grubenluft führen kann, sei bisher bei der Ermittlung der Exposition der Bergleute nicht berücksichtigt worden, obwohl zahlreiche Veröffentlichungen und Strahlenschutzempfehlungen darauf hinweisen, daß dies zu beachten ist – sogar von der Internationalen Strahlenschutzkommission ICRP und der Internationalen Atomenergieagentur IAEA.

Die Ergebnisse der Messungen, der Modelle und der Rückwärtsermittlung werden für die Beschäftigten mit deren tätigkeitsbezogenen, zeitlichen und örtlichen Arbeitsbedingungen verknüpft. Das Resultat dieser Verknüpfung ist die „Job-Exposure-Matrix“ (JEM). Diese wird verwendet zur Ermittlung der Strahlenbelastung für die Feststellungsverfahren bei Berufskrankheiten, für die Planung der Zeiträume für nachgehende medizinische Untersuchungen und die Betreuung der ehemaligen Wismut-Beschäftigten sowie für epidemiologische Forschung.

Dr. Gerd Georg Eigenwillig: „Die JEM, ihre Eingangsdaten und die Methode ihrer Erstellung wurden bisher nicht veröffentlicht und entziehen sich daher der Diskussion. Das macht ihre Überprüfung nicht möglich. Damit ist ihre Verwendung ohne Basis. Das zeigt schon die Diskussion über die Historie der Objekte 02 und 09 und über die Daten der Aktivitätskonzentrationen. Diesem Zustand muß abgeholfen werden.“

Gerd Georg Eigenwillig: Radon und Radon-Zerfallsprodukte im Uranerzbergbau der WISMUT – Ermittlung von Exposition, zusätzlichen Randbedingungen und Verbesserungen. Zbl Arbeitsmed 54 (2004) 420-429. ●

Reaktorsicherheit

„Die deutsche Atomverwaltung ist ineffizient und zukunftsunfähig“

Der Bundesumweltminister will die Atomaufsicht zentralisieren.

Die deutsche Atomverwaltung steckt in einer tiefen Krise. Sie ist gegenüber anderen international üblichen Systemen hoffnungslos veraltet, ineffizient bürokratisch, für die öffentliche Verwaltung zu teuer und – ohne weitgehende strukturelle Änderungen – reform- und damit zukunftsunfähig. Diese Ansicht vertrat der Leiter der Abteilung Reaktorsicherheit im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), Ministerialdirektor Wolfgang Renneberg, auf dem Deutschen Atomrechtstag am 11./12. November 2004 in Berlin. Zugrunde liegt dieser Einschätzung eine Untersuchung der derzeitigen Bundesauftragsverwaltung und möglicher Strukturalternativen im Bereich des Atomrechts durch die Firma Kienbaum Management Consultants, Düsseldorf. Diese Untersuchung hatte der Bundesumweltminister in Auftrag gegeben, nachdem die betroffenen Abteilungsleiter der atomrechtlichen Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden der Länder im Dezember 2003 im Länderausschuß für Atomkernenergie ihre Ablehnung einer Neuordnung der Atomverwaltung kundgetan hatten.

Die kerntechnische Fachkompetenz der Behörden in den fünf betroffenen Ländern und beim Bund ist zersplittert und sinkt stetig infolge der derzeitigen Mangelfinanzierung. Der Informationsfluß zwischen Atomaufsicht vor Ort und Bundesaufsicht ist durch die rechtliche Ausgestaltung und durch das politisch geprägte Bund-Länder-Verhältnis stark behindert. Der internationale Erfahrungsaustausch ist eingeschränkt und teilweise

sogar blockiert. Deutschland hat seine führende Rolle im Bereich der atomrechtlichen Gesetzgebung längst verloren, das deutsche Regelwerk ist veraltet und weit hinter die ehemals belächelten internationalen Normen der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) zurückgefallen. So lautet die Diagnose des Ist-Zustandes laut Renneberg. Als Lösung für die Probleme wird vorgeschlagen, die Atomverwaltung in einer Bundesoberbehörde mit Außenstellen im Sinne einer „Bundeseigenverwaltung“ zu zentralisieren. Dies sei gegenüber dem Status quo insge-

Personalien

Neue Reaktor-Sicherheitskommission berufen

Bundesumweltminister Jürgen Trittin hat die Mitglieder der Reaktor-Sicherheitskommission (RSK) neu berufen. Das teilte das Bundesumweltministerium (BMU) am 23. Dezember 2004 mit. Die jetzt noch mit 13 Männern besetzte RSK berät das Bundesumweltministerium (BMU) ehrenamtlich in Fragen der wissenschaftlich-technischen Bewertung von Sicherheitsfragen bei Atomanlagen und in Fragen der Entsorgung.

Neu berufen wurden demzufolge die Herren Detlef Appel, PanGeo, Hannover, Dipl.-Ing. Hartmut Lauer, Leiter des Atomkraftwerks Biblis, und Dr. Gisbert Pape, Ingenieurbüro Linder & Pape, Schwer-

te. Erneut berufen wurden Dipl.-Ing. Michael Sailer, Öko-Institut e.V., Darmstadt, (Vorsitzender), Dipl.-Ing. Klaus-Dieter Bandholz, EnergieSystemNord (ESN), Kiel, Dipl.-Phys. Richard Donderer, Physikerbüro Bremen, Prof. Dr. Thomas Fanghänel, Forschungszentrum Karlsruhe GmbH, Dipl.-Ing. Lothar Hahn, Geschäftsführer GRS GmbH, Köln, Dipl.-Ing. Edmund Kersting, GRS GmbH, Köln, und Dipl.-Ing. Rudolf Wieland, TÜV Nord e.V., Hamburg, (stellv. Vorsitzender). Bereits bis 2005 berufen sind Dipl.-Ing. Peter Hess, Preetz, Dir. und Prof. Dr. Anton Erhard, Bundesanstalt für Materialprüfung, (BAM), Berlin,